

Solidarität, Demokratie, Frieden – gemeinsam für den Wechsel in Europa

Horst Eismann, Mitglied des Vorstandes
und Landesbeauftragter für Sachsen

Der Vorstand der Partei DIE LINKE hatte neben Vertretern anderer Organisationen auch ISOR zu ihrem Europa-Parteitag nach Essen eingeladen.

Verlauf und Ergebnisse des Parteitages bestätigen trotz mancher Querelen, wie sie offenbar in einer so jungen Partei unumgänglich sind, die Einhelligkeit ihrer Zielsetzungen. Das ermutigt und stimuliert für die weitere Arbeit auch im Politikfeld Europa.

Im Leitantrag des Parteivorstandes wurde das Ziel formuliert: Alle Menschen sollen in Würde ihr Leben selbst bestimmen und solidarisch miteinander leben können – in Europa und weltweit. Deshalb setze sich DIE LINKE vor allem für soziale Gerechtigkeit, den weltweiten Frieden und die demokratische Teilhabe der Menschen ein.

Der Parteitag forderte, dass die politischen Aktivitäten ein einheitliches Ziel haben – das Wohl der Menschen. Die Entwicklung sei nur möglich, wenn eine zukunftssichernde soziale Politik für alle Menschen in Europa erreicht werde. DIE LINKE lehne nicht die europäische Integration ab, wohl aber die gegenwärtige neoliberalen Politik der EU. Einem einheitlichen europäischen Sozialraum stehe allerdings die herrschende Politik der EU entgegen.

Lothar Bisky fasste die politischen Aufgaben der Partei zusammen: »Der Kampf gegen den Neoliberalismus, für eine gerechte Welt zum Wohl aller Menschen, erfordert einen Politikwechsel in der EU. Der Neoliberalismus ist gescheitert, dennoch spielen die ›gleichen Akteure‹, welche die Krise verursacht haben, jetzt die Retter aus der Not.«

In der vergangenen EU-Wahlperiode haben die 41 EU-Abgeordneten aus 17 linken Parteien (14 Mitgliedsstaaten), darunter 7 Abgeordneten der Partei DIE LINKE, in ihrer gemeinsamen Arbeit als Linksfaktion GUE/NGL (Konföderale Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke) einige Erfolge erreicht, über die Gabi Zimmer berichtete. So habe die Mehrheit des EU-Parlamentes die Einführung von Mindestlöhnen und Mindesteinkommen in allen Mitgliedsstaaten gefordert (Mindestens 60 % des Durchschnittseinkommens). Neoliber-

ale Versuche der EU-Kommission, alle Dienstleistungen in Häfen dem freien Spiel des Marktes zu überlassen, seien vom Parlament zurückgewiesen worden. Es konnten Lenk- und Ruhezeiten für Kraftfahrer durchgesetzt werden. Die Wahrung der Menschenrechte von Flüchtlingen (Lampedusa) seien von Abgeordneten thematisiert und bei der EU-Kommission angezeigt worden.

Es gab auch viele Niederlagen. Die Kampagne gegen die Dienstleistungsrichtlinie des Kommissar Bolkestein konnte nicht verhindert werden, so dass diese in wesentlichen Bestandteilen entschärft wurde. Die Ablehnung des Verfassungsentwurfes und des Vertrages von Lissabon war nicht einheitlich, hat aber der Fraktion der Linken den Vorwurf eingebracht, sie würde die gesamte europäische Idee ablehnen.

Auf dem Parteitag gab es eine klare Befürchtung: DIE LINKE ist für die europäische Integration. In der Diskussion zum Leitantrag wurde deutlich: Im Wahlkampf sind keine abstrakten Systemfragen zu stellen, sondern die Nöte und

Hoffnungen der Menschen zu behandeln. Wolfgang Gehrke und weitere Redner erklärten unter Bezugnahme auf die gegenwärtige Lage: »Wir zahlen nicht für eure Krise. Krise und Kapitalismus sind zwei Seiten einer Medaille. Mit erkennbaren klaren und eindeutigen Lösungsangeboten sollten wir gegen Krieg und Krise vorgehen.«

In seinen Ausführungen unterstrich Lothar Bisky, wir müssen auf die Wirtschafts- und Finanzkrise reagieren und dafür eintreten, eine neue EU-Politik zu beginnen. Ein neuer Verfassungsentwurf, der den Neoliberalismus nicht fördert sondern eindämmt, sei zu erarbeiten und dann in einer breiten Diskussion mit den EU-Bürgern zu behandeln und in Volksabstimmungen zu bestätigen. Die Diskussion über den Lissabonvertrag sollte beendet werden, da dieser die Aufrüstung für alle Länder und den freien Kapitalverkehr feststellt. Damit habe DIE LINKE klare politische Ziele formuliert, die nichts mehr mit einer Diskussion, der Lissaboner Vertrag habe auch gute Seiten, zu tun hat. Ein grundlegender Wandel der Militär-, Wirtschafts- und Sozialpolitik steht auf der Tagesordnung.

Nach oft kontroverser über 3-stündiger Diskussion wurde das Europa-Wahlprogramm mit zwei Gegenstimmen angenommen. Damit liegt offensichtlich ein tragbares Arbeitskonzept vor.

►►► Fortsetzung auf Seite 2

28.3. – Großdemonstration in Berlin

Ein breites Bündnis aus Gewerkschaftsgliederungen, Erwerbslosen- und Sozialprotestorganisationen, dem globalisierungskritischen Netzwerk Attac sowie entwicklungspolitischen und antikapitalistischen Gruppen hat im unmittelbaren Vorfeld des sogenannten Weltfinanzgipfels der G 20 am 2. April in London für den **28.3.2009 in Berlin und Frankfurt am Main** zu großen Demonstrationen gegen die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise sowie die Krisenpolitik der Bundesregierung aufgerufen unter dem Motto:

»Wir zahlen nicht für eure Krise! – Für eine solidarische Gesellschaft!«

Die Veranstalter erwarten mehrere zehntausend Teilnehmer. Parallel zu den Demonstrationen in Deutschland erwartet der britische Gewerkschaftsverband TUC zu seinen Protesten gegen die G 20 in London 100.000 Menschen. Auch die Teilnehmer des Weltsozialforums Ende Januar im brasilianischen Belem haben zu globalen Aktionen aufgerufen. Inzwischen hat sich der Vorstand der Partei DIE LINKE wegen der hohen Bedeutung der Aktionen mit einem Brief an seine Mitglieder gewandt und aufgerufen, im eigenen Umfeld für die Beteiligung zu werben. Das Ostdeutsche Kuratorium der Verbände, die DKP und die KPD haben zur Teilnahme aufgerufen, die Partei »Bündnis 90 / DIE GRÜNEN« hält sich nach unserer Kenntnis noch bedeckt (jedenfalls haben wir bis Redaktionsschluss nichts anderes erfahren).

ISOR unterstützt diese Protestbewegung. Der Vorstand ruft seine Mitglieder und Sympathisanten auf, diese parteiübergreifenden Aktionen aktiv zu unterstützen und sich nach Möglichkeit an der Protestbewegung und besonders der Demonstration in Berlin zu beteiligen.

► ► ► Fortsetzung von Seite 1

DIE LINKE steht und handelt in der Tradition eines Europas, das für die Überwindung nationalstaatlichen Vormachtstrebens, kriegerischer Auseinandersetzungen und nationaler Überheblichkeiten, für Gleichberechtigung, Verständigung und kulturelle Vielfalt eintritt.

Die Politik der Linken im Europaparlament soll sich mit drei Schwerpunkten befassen: eine soziale und ökologische EU, eine demokratische EU

sowie eine zivile und globale solidarische EU.

Die 561 Delegierten des Parteitages wählten 30 Kandidaten für die EU-Wahl. Deutschland kann im Europaparlament mit 99 Sitzen rechnen. Das bedeutet, jede Partei erhält etwa soviel Sitze wie sie Prozente erreicht (2004 waren das 6,1 % und es ergaben sich sieben Sitze).

Auf dem EU-Parteitag hat DIE LINKE erneut deutlich gemacht, dass ihr das Wohl aller Menschen in Europa am Herzen liegt und dafür Vorschläge unterbreitet. □

Europäische Friedenskonferenz in Berlin

Das Europäische Friedensforum (epf) unter der Präsidentschaft von Prof. Dr. Wolfgang Richter (Deutschland) hat zum 14./15. März 2009 zu einer Friedenskonferenz in Berlin aufgerufen.

Dieser Aufruf in einer international komplizierten, angespannten und gefährvollen Situation im 70. Jahr des Beginns des 2. Weltkriegs durch den verbrecherischen Überfall des faschistischen Deutschland auf das benachbarte Polen ist Erinnerung und Mahnung zugleich: Erinnerung an den Beginn des großen Völkermordens im letzten Jahrhundert, Mahnung der weltweiten Friedensbewegung, die Zeichen der Zeit richtig zu verstehen und die Kräfte zu vereinen, den bedrohten Frieden in der Welt zu bewahren. Dies um so mehr, als heute die weltweite und immer öfter unkontrollierte Verbreitung modernster Massenvernichtungswaffen, unvorstellbare Gefahren für die Existenz der Menschheit in sich bergen.

Der Aufruf erinnert an die Worte des ehemaligen Generalsekretärs der UNO Kofi Annan, »dass die internationale Gemeinschaft derzeit an einer Wegscheide steht«. Entweder gehe sie einen kon-

struktiven Weg gegen die Waffenverbreitung oder jenen gefährlichen, der letztlich zur Anwendung von Massenvernichtungswaffen führen wird. »Wenn es je einen Zeitpunkt gegeben hat, um ... die Abrüstung wieder in den Vordergrund der internationalen Agenda zu stellen – dann jetzt.«

»Wir fühlen uns mitverantwortlich dafür, dass es nicht zu einer weiteren Eskalation eines nie wirklich beendeten kalten Krieges und zu neuen Konfrontationen kommt. Deswegen haben wir auf einer Beratung des Präsidiums des Europäischen Friedensforums, an der Vertreter aus zehn europäischen Staaten teilnahmen, beschlossen, anlässlich des bevorstehenden 10. Jahrestages des Überfalls auf Jugoslawien zu einer Europäischen Friedenskonferenz aufzurufen«, heißt es im Konferenzaufruf des epf.

ISOR unterstützt der großen Bedeutung wegen diese Initiative und wird sich an der Konferenz mit einer repräsentativen Delegation beteiligen. Über Resultate und wesentliche Aussagen der Konferenz wird ISOR aktuell in seiner nächsten Ausgabe die Mitgliedschaft informieren. □

Aus der Arbeit des Vorstandes:

Der Vorstand beriet über den Stand der Führung von Verfahren zu den §§ 6 (2) und 7 AAÜG, wozu Dr. Rainer Rothe berichtete. Die Entscheidung des BVerfG zu § 6 (2) AAÜG und das schriftliche Urteil zum Verfahren der 35. Kammer des SG Berlin vom 03. Dezember 2008 liegen z.Zt. noch nicht vor.



Schatzmeister Peter Speck berichtete über die Erfüllung des Haushaltplanes 2008 und die Planung des Haushaltes für 2009. Im Mittelpunkt standen und stehen die Finanzierung von juristischen Aktivitäten (Gutachten, Rechercheaufträge, Dienstleistungen) sowie die Finanzierung der zweitägigen Vertreterkonferenz im November 2009.

Dank der Beitragsdisziplin und Spendenbereitschaft der Mitglieder und der gewissenhaften Arbeit der Betreuer und TIG-Vorstände ist die weitere Arbeit von ISOR gesichert.



Dr. Gerhard Dylla informierte über den nun schon traditionellen Gedankenaustausch zwischen Dietmar Bartsch und Hans Modrow vom Bundesvorstand der Partei DIE LINKE und Vertretern von Verbänden und Vereinen. Im Mittelpunkt stand die aktuelle Selbstdarstellung der Partei und ihrer Arbeitsschwerpunkte im Wahljahr 2009. Neben anstehenden ostdeutschen Problemen stünden zunehmend gesamtdeutsche Fragen im Mittelpunkt.

Seitens der Vertreter der Verbände wurde nachdrücklich angemahnt, linke Grundpositionen nicht zu vergessen, entschiedener gegen Geschichtsverfälschungen aufzutreten und die bedenkliche soziale Entwicklung, darunter die Arbeitslosigkeit, die drohende Altersarmut und die Rentenungerechtigkeit nicht aus dem Auge zu verlieren.

Die Einlader versicherten, diese Probleme sowohl in den Wahlprogrammen als auch in der Programmdiskussion nach dem Bundestagswahlen nachhaltig zu berücksichtigen.



Am 04. Mai 2009 wird der Bundestagsausschuss für Arbeit und Soziales in öffentlicher Anhörung über die 17 Anträge der Fraktion DIE LINKE zu Problemen der Renten und der Altersversorgung ehemaliger DDR-Bürger beraten. Vertreter des Vorstandes werden als Gäste daran teilnehmen.

Aus unseren TIG



Auf Einladung des DGB nahmen drei Vertreter der TIG Stendal an der Auftaktveranstaltung der Länder Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen der Kampagne »Alterssicherung – alle unter einem Schirm!« am 2. Februar in Leipzig teil. Diese war ursprünglich für 500 Personen im Gewandhaus vorgesehen, musste wegen der Anmeldung von über 1100 Teilnehmern in das Messegelände verlegt werden.

Besonders die Ausführungen von Annelie Buntebach (DGB Bundesvorst.) und Frank Bsirske (Vorsitzender ver.di) waren informativ und wurden von den Teilnehmern aufmerksam verfolgt. In der Podiumsdiskussion stellten sich - Ottmar Schreiner, MdB, SPD, - Dr. Barbara Höll, MdB, DIE LINKE, - Antje Hermenau, MdL Sachsen, 90/DIE GRÜNEN den Fragen der Teilnehmer.

Bezeichnenderweise hatte die FDP ihre Zusage zurückgezogen, die CDU/CSU gleich abgesagt und auf erneute Anfrage nicht mehr geantwortet.

Für die Teilnehmer war offensichtlich klar, wem sie bei den Bundestagswahlen in diesem Jahr ihre Stimme geben.

Die Forderung nach Politikwechsel wurde mehrfach gestellt, hervorgehoben wurde auch, dass 20 Jahre nach der Wende Schluss sein muss mit dem unterschiedlichen Rentenrecht.

Helmut Stefan



Im Auftrage des Landesbeauftragten Siegfried Felgner nahmen der Vorsitzende unserer TIG und ich eine offizielle Einladung des Landesvor-

► ► ► Fortsetzung auf Seite 3

►►► Fortsetzung von Seite 2

standes Mecklenburg-Vorpommern der Partei DIE LINKE zur Vertreterkonferenz zur Wahl der Landesliste Bundestag am 21. Februar 2009 wahr.

Mit der Einladung bekundete der Landesvorstand offensichtlich sein Interesse an einer weiteren Zusammenarbeit und, dass DIE LINKE die einzige Partei ist, die unseren Kampf um Rentengerechtigkeit wirksam unterstützt.

Im Referat des Fraktionsvorsitzenden DIE LINKE im Bundestag Gregor Gysi fanden wir das ebenfalls bestätigt. Sehr überzeugend erläuterte er die Position des Rentengipfels in Rostock am 24.01.09: »Gute Arbeit, gute Löhne, gute Rente!«

In der gegenwärtigen Rentenkampagne um die Angleichung des Rentenwertes Ost an den Rentenwert West, die Schließung vorhandener Lücken, wie beispielsweise der Berufsgruppe Balletttänzer/in, mitarbeitende Familienangehörige und Hausfrauen sowie die Aufhebung des Rentenstrafrechtes bedarf es gemeinsamen solidarischen Handelns. Trotz Finanz- und Wirtschaftskrise sollte sich niemand von den berechtigten Forderungen abhalten lassen.

In ihrer Vorstellung zur Bundestagskandidatur forderte Dr. Martina Bunge, MdB und Vorsitzende des Ausschusses für Gesundheit: »die Rente ist armutsfest und lebensstandard-sichernd zu machen, die Angleichung Ost-West ist überfällig sowohl beim Rentenwert als auch beim Einkommen.«

Sie fügte hinzu, dass sie auch weiterhin ihre ganze Kraft für Rentengerechtigkeit einsetzen wird. Sicherlich auch dafür erhielt sie die Stimmen der Delegierten mit 92,3 % für das Mandat zum Bundestag auf den Listenplatz Zwei.

Auch der auf den Listenplatz Eins gesetzte Dietmar Bartsch, MdB und Bundesgeschäftsführer DIE LINKE sowie die weiter gewählten Bundestagskandidaten Heidrun Bluhm, Peter Ritter, Torsten Koplin vertraten in ihren Vorstellungen diese Position.

Hans Wendt

AG Recht informiert:

Die Arbeitsgruppen Recht bzw. das Rechtsanwaltsbüro erreichen eine Vielzahl schriftlicher und telefonischer Anfragen aus den TIG mit der Bitte um Mitteilung, wie denn zu verfahren sei, wenn der Rentenversicherungsträger den Widerspruch gegen den Rentenbescheid wegen der Begrenzung nach § 7 AAÜG mit einem Widerspruchsbescheid zurückgewiesen hat. Der Bescheid enthält abschließend den Hinweis auf die Möglichkeit einer Klage und die dabei zu beachtende Frist.

Das Anwaltsbüro ist bereit, die Vertretung vor den Sozialgerichten zu übernehmen. Dazu ist es erforderlich, dass **folgende Unterlagen** in Kopie übersandt werden:

- den kompletten angefochtenen Rentenbescheid,
- den erhobenen Widerspruch,
- den Rentenbescheid
- den Entgeltbescheid des Bundesverwaltungsamtes
- sowie 2 Vollmachten (bei Vorsitzenden der TIG erhältlich).

Von Mitglied zu Mitglied:

Gemütl. Nichtraucher-FEWO f. 2 Personen in Zempin/Usedom; gute Ausstattung, Parkplatz am Haus, 700 m zum Strand Freie Termine im Mai/Juni und Sept./Okt. Kontakt: Klaus Zade, Tel.: 038377/40091 siehe auch: www.usedom-mitte.de



Komfort-FEWO/Zi., Prospekt anfordern! Schleusingen/Thür., Nähe Rennsteig Tel.: 036841/47598 siehe auch: www.ratschererhoehe.de



Kennen Sie schon die Lausitz?

Gepflegte Heidedörfer, dazu viel Wald, Wasser und unberührte Natur, ideal zum Wandern und Radfahren • FEWO und -zimmer in Heinrichswalde, zwischen Bad Muskau und Görlitz; 7 ÜHP ab 231 Euro; Fahrräder frei Tel.: 035894/30470; www.pensionweiser.de



Schwarzatal Natur pur!

1 gemütl. FEWO in Unterweißbach/Thür. für 2 Personen Tel./Fax: 036730/22785 ab 19 Uhr siehe auch: urlaub-unterweissbach.de

Lesenswert:

Detlef Mauch „KEINE TRÄNEN, wenn ich.....“

Ein Autobiografischer Roman
RaDe Selbstverlag • Preis: 10 EURO
Versandkostenfrei zu beziehen nur bei:
Detlef Mauch, J.-Nehru-Str. 30, 18147 Rostock
Tel.: 038170075820,
E-Mail: mauch-riebe@t-online.de
Der Autor ist Mitglied von ISOR und engagiert im sozialen Bereich tätig.

Zum Inhalt:

Ramona, eine exzentrische junge Frau, bleibt nach einem schweren Verkehrsunfall teilweise gelähmt und sitzt im Rollstuhl. Der Roman schildert die Probleme einer jungen Frau, die von einer Sekunde auf die andere mit einer schweren Behinderung leben muss. Es ist eine bewegende und spannende Liebesgeschichte zweier schicksalsgeprüfter Menschen von heute.

Egon Krenz »Gefängnisnotizen«

Verlag edition ost • ISBN 978-3-360-01801-4
Preis: 14,90 EURO

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Klaus Kudoll, Telefon: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Dr. Peter Fricker, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

Redaktionsschluss: 25.02.2009

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 25.03.2009

Einstellung im Internet: 03.04.2009

Auslieferung: 09.04.2009

Herstellung: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Karl-Heinz Hypko

Franz-Mehring-Platz 1 – 10243 Berlin

Telefon: (030) 29 78 43 15 - Sekretariat

29 78 43 16 - Geschäftsführer

29 78 43 17 - AG Finanzen

Fax: (030) 29 78 43 20

Postanschrift: ISOR e.V. - Postfach 700423-10324 Berlin

e-mail: ISOR-Berlin@t-online.de

internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse

Konto-Nr. 171 302 0056, BLZ 100 500 00

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:

Dienstag bis Donnerstag 9 bis 16 Uhr

Sprechstunden der AG Recht:

Jede 1. und 3. Donnerstag von 15 bis 17 Uhr